

DER LANDTAG SCHLESWIG HOLSTEIN

M I T T E I L U N G E N

18/2000

Kiel, 24. Januar 2000

Vorschau auf die 42. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Kiel (SHL) – Am **Mittwoch, 26. Januar 2000, um 10:00 Uhr** beginnt die 42. Tagung des Landtages, die auf drei Tage angelegt ist.

Der Landtag beginnt seine Tagung mit einer ausführlichen Beratung des **Abschlussberichts des „Pallas“-Untersuchungsausschusses** (Drs. 14/2650). Für die Debatte über den umfangreichen Bericht des Ausschusses haben die Fraktionen nahezu drei Stunden Redezeit angemeldet.

Daran schließt sich nach der Mittagspause die Zweite Lesung des **Landeswassergesetzes** (Drs. 14/2437) an. Hierzu liegt eine Beschlussempfehlung des Umweltausschusses vor (Drs. 14/2653), die mit den Stimmen der Regierungsfaktionen mehrheitlich gefasst wurde. Der Ausschuss bittet darüber hinaus in einer Protokollnotiz die Landesregierung, „die Einführung eines gesetzlichen Genehmigungsvorbehalts für die Schiffsverkehre zu den Inseln und Halligen im Küstenmeer vorzubereiten“.

Ebenfalls in Zweiter Lesung befasst sich das Plenum dann mit dem **Landesdatenschutzgesetz** (Drs. 14/2258). Der Innen- und Rechtsausschuss hat hierzu eine einstimmig gefasste Beschlussempfehlung vorgelegt (Drs. 14/2666).

Danach debattiert der Landtag das **Gesetz über die Freiheit des Zugangs zu Informationen** (Drs. 14/2374) abschließend in Zweiter Lesung. Der Innen- und Rechtsausschuss hat dazu eine mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gefasste Beschlussempfehlung vorgelegt (Drs. 14/2667).

Die **Änderung des Landesverwaltungsgesetzes** ist Gegenstand eines Gesetzentwurfes, den die Fraktion der CDU dem Landtag zur Beratung in

*Diese Pressemitteilung ist auch über das Internet abrufbar: www.sh-landtag.de
oder in Form des Presstickers unter www.ltsh.de bzw. www.parlanet.de.
Über den Pressticker können die Pressemitteilungen auch per E-Mail direkt abonniert werden.*

Herausgegeben von
der Pressestelle
des Schleswig-
Holsteinischen
Landtages
in 24105 Kiel,
Landeshaus,
24171 Kiel,
Postfach 7121;
Tel. (0431) 988
Durchwahl App.
1120 bis 1125
und 1116 bis 1118
Fax (0431) 988 1119
V.i.S.d.P. Dr. Joachim Köhler
Internet:<http://www.sh-landtag.de>
E-Mail:Joachim.Koehler@ltsh.landsh.de

Erster Lesung vorgelegt hat (Drs. 14/2674). Darin werden Änderungen vorgeschlagen, die „zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren hinsichtlich wirtschaftlicher Unternehmungen“ führen sollen.

Am **Donnerstag, 27. Januar 2000**, beginnt der Landtag seine Sitzung mit einer kurzen Ansprache des Landtagspräsidenten Heinz-Werner Arens aus Anlass des **Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus**.

Danach ist der Bericht der Landesregierung über **Technologie- und Innovationspolitik in Schleswig-Holstein** (Drs. 14/2679) Gegenstand der Plenumsberatungen.

Um die **Entwicklung des Lehrbedarfs, der Lehrerbeschäftigung und der Unterrichtssituation bis 2005** geht es in der daran anschließenden Debatte. Grundlage ist die Antwort der Landesregierung auf eine Große Anfrage der Fraktion der F.D.P. (Drs. 14/2684). Darin erläutert die Landesregierung unter anderem die Berechnungsgrundlagen für die Ermittlung des Lehrbedarfs der kommenden Jahre.

Danach befasst sich der Landtag mit dem im Dezember als Dringlichkeitsantrag von den Fraktionen CDU und F.D.P. eingebrachten Antrag zur **Gesamtschule Ratekau** (Drs. 14/2611). Darin wird die Landesregierung aufgefordert, die Gesamtschule nicht mehr zum kommenden Schuljahr zu genehmigen.

Letztes Thema vor der Mittagspause ist dann die **Gefahr-Hunde-Verordnung**. Hierzu liegt ein Antrag der Fraktion der F.D.P. vor (Drs. 14/2559), gemäß dem die Regierung zu diesem Thema im Landtag berichten soll.

Nach der Mittagspause geht es dann um das aktuelle Thema **Entschädigung für NS-Zwangsarbeiter in Schleswig-Holstein**. Die Abgeordnete Anke Spoorendonk (SSW) hat hierzu einen Antrag eingebracht (Drs. 14/2676). Darin werden unter anderem die betroffenen Unternehmen in Schleswig-Holstein aufgefordert „unverzüglich dem Stiftungsfond zur Entschädigung der NS-Zwangsarbeiter beizutreten“.

Es folgt die Beratung über zwei Anträge, die sich mit dem Thema **Qualitätssicherung in Pflegeeinrichtungen** befassen. Es sind dies ein Antrag der Fraktion der CDU (Drs. 14/2563) sowie ein gemeinsamer Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 14/2662). Darin wird die Landesregierung unter anderem aufgefordert, über vorläufigen Ergebnisse der Prüfungen in Pflegeheimen durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen (MdK) zu berichten.

Danach befasst sich der Landtag mit einem Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema **Stärkung präventiver und ziviler Außen und Sicherheitspolitik** (Drs. 14/2671).

Am Schluss des zweiten Sitzungstages berät das Plenum dann einen Antrag der CDU-Fraktion, der sich auf das **Gesetz zur Fortführung der ökologischen Steuerreform** auf Bundesebene bezieht (Drs. 14/2675).

Am **Freitag, 28. Januar 2000**, geht es zu Beginn der Beratungen um die Arbeitssituation in Schleswig-Holstein. Grundlage der Debatte sind der **Statistischer Arbeitsmarktbericht für Schleswig-Holstein 1998** (Drs. 14/2514) sowie der **Analytischer Arbeitsmarktbericht für Schleswig-Holstein 1999** des Instituts für Regionalforschung der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel einschließlich Stellungnahme der Landesregierung (Drs. 14/2665).

Anschließend befasst sich das Plenum mit dem **Raumordnungsbericht 1999** (Drs. 14/2545). Es handelt sich hierbei um einen Bericht über die räumliche Entwicklung des Landes, den die Landesregierung in jeder Legislaturperiode einmal dem Landtag vorlegt.

Darauf folgt die Beratung über den Bericht der Landesregierung zur **Situation der Familien in Schleswig-Holstein** (Drs. 14/2573).

Die Verwendung von **Antibiotika in der Tiermast** ist Thema eines weiteren Berichts der Landesregierung (Drs. 14/2578), der dann debattiert wird.

Anschließend berichtet die Landesregierung dem Landtag über das **Programm Soziale Stadt** (Drs. 14/2680), das ein gemeinschaftliches Förderprogramm von Bund und Ländern ist.

Drei weitere Berichte der Landesregierung stehen danach auf der Tagesordnung. Sie erfolgen mündlich, und zwar zu den Themen **Info-Net Umwelt, Integrierte Stationen und Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft**.

Es folgt der **Bericht des Eingabenausschusses** über seine Tätigkeit im letzten Quartal 1999.

Anschließend befasst sich das Plenum mit zwei Anträgen zur **Reform des Bundesausbildungsförderungsgesetzes**, zu denen eine Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses vorliegt (Drs. 14/2656).

Am Ende des dritten Sitzungstages berät der Landtag einen Bericht der Landesregierung zur **Finanzsituation der kommunalen Gebietskörperschaften** (Drs. 14/2664). Darin gibt die Landesregierung auf Antrag des Landtages Auskunft über die Finanz- und Haushaltssituation der Kreise, Städte und Gemeinden des Landes.

Zu weiteren 16 Tagesordnungspunkten sind eine Aussprache sowie feste Zeiten des Aufrufs nicht vorgesehen. Sie sind der im Anhang beigefügten Reihenfolge der Beratung zu entnehmen.

Hinweis: Nicht mehr vorhandene Drucksachen können in der Landtagsverwaltung, Zimmer 046, nach telefonischer Vorbestellung (988-1050 o. 1051) abgeholt werden



SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER LANDTAG

14. Wahlperiode

**Reihenfolge der Beratung
der 42. Tagung**

Hinweis:

Soweit einzelne Tagesordnungspunkte durch Fettung hervorgehoben sind, ist der **Beginn der Beratung zeitlich festgelegt**.

TOP		ange- meldete Redezeit	Voraussichtl. Beginn der Beratung
Mittwoch, 26. Januar 2000			
33	Abschlussbericht des „Pallas“-Untersuchungsausschusses	160	10.00
2	Änderung des Landeswassergesetzes	35	15.00
4	Landesdatenschutzgesetz	35	15.35
5	Gesetz über die Freiheit des Zugangs zu Informationen	40	16.10
7	Änderung des Landesverwaltungsgesetzes	30	16.50
9	Wahl der Mitglieder des Medienrates der ULR	25	17.20
Donnerstag, 27. Januar 2000			
22	Technologie- und Innovationspolitik	60	10.00
8	Entwicklung des Lehrerberarfs, der Lehrerbesehäftigung und der Unterrichtssituation	60	11.00
12	Gesamtschule Ratekau	35	12.00
10	Gefahr-Hunde-Verordnung	35	12.35
16	Entschädigung für NS-Zwangsarbeiter	30	15.00
11 u.13	Qualitätssicherung in Pflegeeinrichtungen	55	15.30
14	Stärkung präventiver und ziviler Außen und Sicherheitspolitik	35	16.25
15	Gesetz zur Fortführung der ökologischen Steuerreform	60	17.00
Freitag, 28. Januar 2000			
17 u.41	Arbeitsmarktberichte	35	10.00
18	Raumordnungsbericht	35	10.35

TOP		ange- meldete Redezeit	Voraussichtl. Beginn der Beratung
20	Situation der Familien	60	11.10
21	Bericht über Antibiotika in der Tiermast	30	12.10
23	Programm Soziale Stadt	30	12.40
24	Info-Net Umwelt	5	15.00
25	Integrierte Stationen	30	15.05
26	Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft	30	15.35
32	Tätigkeit des Eingabenausschusses	10	16.05
35	Reform des Bundesausbildungsförderungsgesetzes	35	16.15
40	Finanzsituation der kommunalen Gebietskörperschaf- ten	35	16.50

Zu den folgenden Tagesordnungspunkten sind eine Aussprache so- wie feste Zeiten des Aufrufs nicht vorgesehen; die angemeldeten Re- dezeiten gelten für die Berichterstatterinnen oder die Berichterstatter der Ausschüsse:

TOP		Berichter- stattung
3	Hochschulzulassungsgesetz (14/2654)	5
6	Gesetz zur Änderung des Heilberufegesetz (14/2669)	5
19	Entschließung zum Hochschulgesetz (14/2568)	5
27 u.30	Umsetzung der Agenda 21 (14/2637 u. 14/2681)	5
28	Forstbericht (14/2638)	5
29	Baggergutentsorgung (14/2639)	5
31	Bericht über die Erhebung einer Grundwasserentnahmeabgabe (14/2640)	-
34	Schülerbeförderungskosten (14/2655)	5
36	Förderung der Regional- bzw. Minderheitensprachen (14/2657)	5
37	Niederdeutsch (14/2658 neu)	5
38	Bericht zur biologischen Behandlung und Verwertung von Bioab- fällen und Klärschlämmen (14/2659)	5
39	Rahmenplanung „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küs- tenschutzes“ (14/2660)	-
42	Stellungnahme in einem Normenkontrollverfahren (14/2668)	5
43	Sexuelle Misshandlung von Kindern und Jugendlichen (14/2670)	5
44	Rahmenplanung „Hochschulbau“ (14/2672)	-
45	Rahmenplanung „Verbesserung der Wirtschaftsstruktur“ (14/2673)	-

TOP		Be- richt	SPD	CDU	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	F.D.P.	SSW	Abg.	Reg.	zus.
14	Stärkung präventiver und ziviler Außen- und Sicherheitspolitik (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	-	5	5	10	5	5	-	5	35
15	Gesetz zur Fortführung der ökologischen Steuerreform (CDU)	-	10	10	10	10	10	-	10	60
16	Entschädigung für NS-Zwangsarbeiter (Abg. Spoorendonk) - Donnerstag 15:00 -	-	5	5	5	5	5	-	5	30
	Berichte									
17	Statistischer Arbeitsmarktbericht 1998 (Reg.) - mit TOP 41 -	-	5	5	5	5	5	-	10	35
18	Raumordnungsbericht 1999 (Reg.)	-	5	5	5	5	5	-	10	35
19	Entschließung zum Hochschulgesetz (SSW)	5	- ohne Aussprache -							5
20	Situation der Familien (Reg.)	-	10	10	10	10	10	-	10	60
21	Bericht über Antibiotika in der Tiermast (Reg.)	-	5	5	5	5	5	-	5	30
22	Technologie- und Innovationspolitik (Reg.) - Donnerstag 10:00 -	-	10	10	10	10	10	-	10	60
23	Programm Soziale Stadt (Reg.)	-	5	5	5	5	5	-	5	30
24	Info-Net Umwelt	-	-	-	-	-	-	-	5	5
25	Integrierte Stationen (Reg.)	-	5	5	5	5	5	-	5	30
26	Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft (Reg.)	-	5	5	5	5	5	-	5	30
27	Umsetzung der Agenda 21 (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) - mit TOP30 -	5	- ohne Aussprache -							5
28	Forstbericht (Reg.)	5	- ohne Aussprache -							5
29	Baggergutentsorgung (Reg.)	5	- ohne Aussprache -							5
30	Umsetzung der Agenda 21 (Reg.)	-	-	-	-	-	-	-	-	-
31	Bericht über die Erhebung einer Grundwasserentnahmeabgabe (Reg.)	- ohne Aussprache -								
32	Tätigkeit des Eingabenausschusses	5	-	5	-	-	-	-	-	10

